

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Versprochenen Stellenzuwachs bei Lehrkräften umsetzen - Zukunft der Bildung sichern!**

**(Drs. 19/4119)**

**– Federführung –**

Vorsitz: Josef Zellmeier (CSU)  
Berichterstattung: Claudia Köhler (GRÜNE)  
Mitberichterstattung: Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER)

**Abg. Claudia Köhler (GRÜNE)** erläutert, dem Antrag liege das vom Kabinett am 12. November dieses Jahres beschlossene generelle Stellenmoratorium für die gesamte Staatsverwaltung für 2025 und 2026 sowie der Abbau von 5.000 Stellen bis 2030 zugrunde. Dies halte sie für ein verheerendes Signal, weil es viel zu wenig Lehrkräfte gebe; schrecke es doch junge Menschen ab, überhaupt den Beruf zu ergreifen. Sie empfiehlt Zustimmung.

**Abg. Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER)** verweist auf den Koalitionsvertrag, der 6.000 zusätzliche Lehrkraftstellen vorsehe. Mit dem Moratorium orientiere sich die Staatsregierung an der Realität. Bislang seien 2.900 Planstellen für Lehrkräfte zusätzlich bereitgestellt worden sowie für dieses und das kommende Schuljahr noch einmal 1.200 weitere Stellen für Unterstützungskräfte für pädagogische, sozialpädagogische sowie Verwaltungsaufgaben. Nach wie vor werde das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Planung zur Unterrichtsversorgung aufstellen, um anschließend zu bemessen, was personell möglich sei.

Außerdem werde durch das Stellenmoratorium niemand abgehalten, den Beruf zu ergreifen; gebe es doch stattdessen sogar intensive Programme für den Quereinstieg, Zweitqualifizierung und die Werbung um Lehramtsstudenten. Er plädiert für einen realistischen Umgang mit Blick auf verfügbare neue Lehrkräfte, was der Staat angesichts der sinkenden Steuereinnahmen leisten könne und wie sich der Bedarf vor Ort darstelle. Das

Gesamtkonzept für die Unterrichtsversorgung komme Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres. Er empfiehlt Ablehnung.

**Abg. Claudia Köhler (GRÜNE)** räumt ein, dass man in schwierigeren Zeiten Prioritäten setzen müsse, spricht sich aber dagegen aus, zuerst bei Bildung zu sparen. Der Freistaat brauche die Lehrkräfte, zumal Bildung die beste Investition auch in die Wirtschaft darstelle. Selbstverständlich halte die Ankündigung, bis zum Jahr 2030 5.000 Stellen abzubauen, Menschen davon ab, ein Lehramtsstudium aufzunehmen.

**Abg. Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER)** widerspricht, es werde nicht an den Lehrkräften gespart, denn im Vergleich zu den Vorjahren gebe es einen erheblichen Stellenaufwuchs. Tatsächlich gehe es darum, sich am zukünftigen Bedarf und an den zur Verfügung stehenden Lehrkräften zu orientieren. Die von ihm bereits erwähnten Programme würden selbstverständlich nicht eingestellt, sondern sogar ausgebaut. Er wiederholt seinen Hinweis zum Gesamtkonzept für die Unterrichtsversorgung, mit dem die Bildungsqualität weiter ausgebaut werden solle, denn Bildung und Ausbildung genössen bei der Koalition oberste Priorität.

**Abg. Kerstin Celina (GRÜNE)** wendet ein, der Haushalt habe eine höhere Zahl an Lehrkraftstellen vorgesehen und sich der Bedarf auch nicht verändert.

**Abg. Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER)** betont, die 6.000 Stellen fänden sich nicht im Haushalt, sondern im Koalitionsvertrag. Im Haushalt 2024/25 habe die Koalition einen ersten Stellenaufwuchs vorgesehen, der sich an den Personalressourcen bei den Bildungskräften orientiere. Gegenwärtig könnten diese zusätzlichen Stellen gar nicht vollständig besetzt werden.

**Abg. Kerstin Celina (GRÜNE)** insistiert, die im Koalitionsvertrag erwähnten 6.000 Stellen seien wohl kaum aus der Luft gegriffen, sondern orientierten sich am von der Koalition angenommenen Bedarf. Trotzdem nehme sie nun Einsparungen vor.

**Abg. Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)** hält Abg. Celina entgegen, die Koalition spare mitnichten. Außerdem sehe der Koalitionsvertrag 6.000 Stellen in fünf Jahren vor, sodass die Koalition in ihrem ersten Jahr bereits weit über dem anteiligen Soll liege. Zu behaupten, die Koalition spare an der Bildung, bezeichnet er als ärgerliche Fake News; habe sie in den letzten Jahren doch gerade den Bildungsbereich überproportional ausgebaut. Immerhin mache der Bildungsetat 30 % des gesamten Haushalts aus.

**Vorsitzender Josef Zellmeier (CSU)** bestätigt, der Stellenaufwuchs folge dem aufwachsenden Bedarf.

**Abg. Claudia Köhler (GRÜNE)** stimmt Abg. Pohl zu, zwar gelte der Koalitionsvertrag für fünf Jahre, und so gesehen habe die Koalition im ersten Jahr übererfüllt, aber im Doppelhaushalt 2026/27 werde es keine kostenwirksamen neuen Stellen geben, sodass eben keine kontinuierliche Weiterentwicklung stattfinde. Damit unterlaufe die Koalition die von ihr gemachte Zusage.

**Abg. Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER)** spricht sich dafür aus, zunächst einmal die offenen Stellen zu besetzen, und sodann die aus seiner Sicht misslungene Kampagne der baden-württembergischen Bildungsministerin zur Lehrkraftgewinnung an.

**Abg. Claudia Köhler (GRÜNE)** stellt fest, die baden-württembergische Kampagne sei gleichwohl erfolgreich gewesen. Im Antrag gehe es darum, die Feststellung aus dem Nachtragshaushalt zu streichen, dass im Doppelhaushalt 2026/27 keine kostenwirksamen Stellen vorgesehen würden.

**Abg. Volkmar Halbleib (SPD)** hält den zugesagten Stellenaufwuchs für dringend notwendig. Dem dürfe man nicht entgegenhalten, dass die bereits zur Verfügung gestellten Stellen nicht besetzt werden könnten, denn es sei nicht unterschätzen, dass junge Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg die Entscheidung trafen, Lehrkraft zu werden

oder nicht. Sie nähmen die angekündigte Reduzierung bereits als deutliches Signal dagegen wahr.

**Abg. Kerstin Celina (GRÜNE)** fragt nach dem Stand des bayerischen Lehreranwerbeprogramms.

**OSTRin Lena Matthe (Unterricht und Kultus)** erläutert, das Anwerbeprogramm zum Quereinstieg für Schularten mit besonderem Bedarf laufe bereits seit 2021. Bislang seien über diese Sondermaßnahmen mehr als 3.400 Personen ausgebildet worden und zwischen September 2021 und September 2024 mehr als 1.400 angehende Lehrkräfte über den Quereinstieg in die Seminare gekommen.

**Abg. Kerstin Celina (GRÜNE)** präzisiert, sie meine das Anwerbeprogramm, das sich an Lehrkräfte aus anderen Bundesländern richte. Sie möchte wissen, wie viele Lehrkräfte konkret aus anderen Bundesländern nach Bayern gekommen seien. Es gehe ihr also darum zu erfahren, wie erfolgreich die Regionalprämie dem Fachkräftemangel abgeholfen habe.

**OSTRin Lena Matthe (Unterricht und Kultus)** hebt hervor, die Regionalprämie bestehe nach wie vor und ziele nicht darauf ab, Lehrkräfte aus anderen Bundesländern abzuwerben, was im Übrigen auch zu Konflikten führen könnte, weil dort ebenfalls Lehrkräftemangel herrsche. Deshalb habe Bayern stets betont, nicht explizit abzuwerben, wenn sich selbstverständlich Lehrkräfte auch beim Freistaat bewerben dürften.

Vor allem gehe es aber darum, für den Quereinstieg zu interessieren und junge Leute für das Lehramtsstudium zu gewinnen. Mit der Regionalprämie wolle man den Bedarf in bestimmten Regionen decken, wo man eine geringere Nachfrage bei den Bewerberinnen und Bewerbern verzeichne. Darunter befänden sich Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern, unter anderem auch im Rahmen des Tauschverfahrens zur Familienzusammenführung. Die Regionalprämien würden für jede Schulart jährlich neu

festgelegt, um eben einen finanziellen Anreiz zu schaffen. Die konkreten Zahlen zur Regionalprämie in den letzten zwei Jahren müsse sie nachreichen.

**Abg. Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER)** bekräftigt seine ablehnende Haltung.

***Beschluss:***

*Ablehnung*

*(mit den Stimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPD)*